

der Abstimmung nicht teil, obwohl es 1987 seinen Boykott der Erörterungen der Generalversammlung zur Westsahara eingestellt hatte.

II. Auf der bilateralen Ebene algerisch-marokkanischer Kontakte kam es am 4. Mai 1987 zu einem zweiten Treffen zwischen König Hassan II. und Staatspräsident Chadli Benjedid im Beisein des saudiarabischen Königs Fahd Ibn Abd al-Aziz, der dieses Gipfeltreffen vermittelt hatte. Der Begegnungsort Akid Lutfi, an der algerisch-marokkanischen Grenze, war der gleiche wie bei den ersten direkten Gesprächen im Februar 1983. Das Ergebnis dieses zweiten Treffens entsprach in etwa dem geringen Erfolg des ersten: keine Annäherung der Standpunkte in den substantiellen Fragen des Westsahara-Konflikts. Ein gewisser Abbau bilateraler Spannungen kam darin zum Ausdruck, daß die Fortsetzung bilateraler Kontakte und ein Gefangenenaustausch (150 marokkanische, 102 algerische Soldaten) beschlossen wurde.

III. Militärisch kam es — bei Fortsetzung der Einzelvorstöße von POLISARIO-Truppen gegen die marokkanischen Verteidigungsstellungen — ebenfalls zu keinen wesentlichen Lageveränderungen im anhaltenden Abnutzungskrieg. Der Bau eines weiteren (sechsten) Schutzwalls durch die marokkanischen Streitkräfte verlängerte die »Mauer-Front« von bisher 2 400 auf 2 775 Kilometer Länge, im äußersten Südwesten des Konflikttraums, um den sahrauischen Kampftruppen den Zugang zum Atlantik zwischen Dakhla und La Guera abzuschneiden. Marokko konnte damit die gesamten Küstengewässer der Westsahara unter seine Kontrolle bringen. Rabat glaubt, damit die Verhandlungsposition für den noch immer offenen Fischereivertrag mit der EG-Kommission geklärt zu haben, ungeachtet der völkerrechtlichen Vorbehalte der europäischen Partnerländer.

Mit diesem verlängerten Schutzwall werden wichtige Interessen Mauretaniens berührt. Er führt auf eine Strecke von etwa 220 Kilometern der mauretaniischen Grenze entlang. Die marokkanischen Stellungen haben sich bis auf wenige Kilometer der für die mauretaniischen Eisenerztransporte wichtigen Eisenbahnlinie Zouérate-Nouadhibou genähert. Den POLISARIO-Truppen bleibt kaum mehr Bewegungsspielraum, ohne die mauretaniische Neutralität zu verletzen. König Hassan soll unter den jetzt gegebenen Verhältnissen den marokkanischen Truppen strikten Befehl gegeben haben, auf das »Recht der Nacheile« zu verzichten und die mauretaniische Grenze zu respektieren. Dennoch sieht sich Mauretanien einem wachsenden marokkanischen Druck ausgesetzt. Der Rückhalt durch Algerien, das mit Mauretanien durch den Freundschaftsvertrag von 1983 verbunden ist, wurde durch den Besuch des algerischen Staatspräsidenten am 25. April 1987 in Nouakchott unterstrichen.

Joachim Tzschaschel □

## Verwaltung und Haushalt

**42. Generalversammlung: Zweijahreshaushalt 1988/89 in Höhe von 1,8 Mrd Dollar beschlossen —**

### Sondertagung zur Finanzkrise? — 75 Mill Dollar aus Bonn(11)

(Dieser Beitrag setzt den Bericht in VN 1/1986 S.38f. fort. Vgl. auch den Bericht in VN 4/1986 S.141f. sowie Hans Arnold, Von Macht und Geld. Die Weltorganisation im Zeichen der Reformdiskussion, VN 1/1987 S.1ff.).

I. Immer wieder beschäftigt die gegenwärtige finanzielle Notlage der UN die internationale Öffentlichkeit und natürlich die Vereinten Nationen selber. Im letzten Herbst war von drohender Zahlungsunfähigkeit die Rede; diese Gefahr konnte dadurch abgewendet werden, daß die Regierung der Vereinigten Staaten zwischen Mitte November und Anfang Dezember 1987 insgesamt 100 Mill US-Dollar zahlte. Gleichwohl betrug die Summe der Beitragszurückhaltungen der USA Mitte Dezember noch 252,8 Mill Dollar und somit erheblich mehr als der für 1987 fällige Jahresbeitrag in Höhe von 212,8 Mill.

Am 21. Dezember 1987 hat dann die 42. Generalversammlung der Vereinten Nationen in ihrer Resolution 42/226 den regulären Haushalt der Organisation für die Jahre 1988/89 in Höhe von 1 769 586 300 Dollar beschlossen. Gegenüber dem (berichtigten) Budget 1986/87 von 1 711 801 200 Dollar steigt der neue Haushalt also um knapp 58 Mill Dollar oder rund 3,4vH; die Erhöhung liegt allein in inflations- und wechsellkursbedingten Mehrausgaben begründet. Die nominale Steigerung liegt merklich unter den entsprechenden Zuwachsraten bei den großen Sonderorganisationen der Vereinten Nationen in Genf, Paris und Rom, da sich der Wertverfall des US-Dollars hier stärker auswirkt als in New York.

Zum ersten Mal seit Jahren fand die Budgetresolution wieder breite Unterstützung; angenommen wurde sie bei nur einer Gegenstimme (Israel) und drei Enthaltungen (Australien, Japan, USA). Während Israels Ablehnung politisch motiviert ist, wurden die drei Stimmenthaltungen vor allem mit der nicht vertretbaren Gesamthöhe des Haushalts begründet. Die EG-Staaten unterstrichen, daß sie dem Budget trotz Fortbestehens einzelner Vorbehalte zugestimmt hätten, um ihre Unterstützung der vom Generalsekretär unternommenen Reformbemühungen zu dokumentieren. Sie gaben der Hoffnung Ausdruck, daß sich die bei den Haushaltsberatungen offenbar gewordene positive Grundeinstellung in den weiteren Reformanstrengungen im Programm- und Koordinierungsausschuß (CPC) und in der Sonderkommission des Wirtschafts- und Sozialrats (vgl. VN 5/1987 S.171f.) fortsetzen werde.

II. In der Schlußphase der Haushaltsberatungen in New York standen der Reservefonds (contingency fund) und eine mögliche Wiederaufnahme der Tagung wegen der Finanzkrise im Mittelpunkt der Diskussion. Im Haushalts-Abschnitt der Reformresolution 41/213 ist für die Budgets ab 1990/91 ein Reservefonds vorgesehen, aus dem die Kosten aller Zusatzbeschlüsse eines Haushaltsdoppeljahres bestritten werden müssen. Der Generalsekretär hatte empfohlen, diese Regelung versuchsweise schon für das Budget 1988/89 einzuführen. Hierzu konnte

jedoch keine Einigung erzielt werden, da unabhängig von dem teilweise vorgebrachten formalen Einwand zeitlicher Unzulässigkeit die Auffassungen der verschiedenen Gruppen zu seiner Ausgestaltung (insbesondere ob innerhalb oder außerhalb des Budgetplafonds) und zu seiner Höhe noch zu unterschiedlich waren. Nun soll sich die nächste Generalversammlung mit der Frage befassen, ob ein solcher Reservefonds gegebenenfalls im Zusammenhang mit dem zweiten Jahr des laufenden Budgets eingerichtet werden soll. Diese Lösung war für einen Großteil der Hauptbeitragszahler mitbestimmend für ihre Zustimmung zum Haushalt 1988/89.

Da die Vereinten Nationen auf Grund nicht gezahlter Mitgliedsbeiträge weiterhin beträchtliche finanzielle Probleme haben, wurde immer wieder die Frage einer Sondertagung zur Finanzkrise diskutiert. Zahlreiche Länder erhoben dabei die Forderung, aus dem nun schon Jahre andauernden Mittelengpaß endlich grundlegende politische Konsequenzen zu ziehen und etwa das System der Beitragsfestsetzung neu zu regeln. Es ist zwar unbestreitbar, daß die Balance der geltenden Beitragsskala durch die Nichtzahlungen oder teilweisen Nichtzahlungen einiger Mitgliedstaaten, die Budgetkürzungen zur Folge haben, nicht mehr gewahrt ist und zahlende Mitgliedstaaten »relativ« höher belastet sind. Zweifel erscheinen jedoch angebracht, ob und inwieweit allein eine Neuordnung des Beitragssystems zu einer Besserung der Lage führen kann. Der Präsident der Generalversammlung wurde jedenfalls beauftragt, die Möglichkeit einer Sondertagung in Konsultationen mit dem Generalsekretär und den Regionalgruppen zu erwägen.

Insgesamt ist die von breiter Zustimmung getragene Verabschiedung des Haushalts 1988/89 als Erfolg für die Vereinten Nationen anzusehen. Der Generalsekretär wird dadurch in seinen Reformanstrengungen unterstützt und bestärkt.

III. Für das erste Jahr des Budgetzeitraums 1988/89 gilt noch die von der 40. Generalversammlung beschlossene Beitragsskala, nach der auf die Bundesrepublik Deutschland 8,26vH entfallen. Danach wurden von der Bundesregierung für 1988 unter Berücksichtigung der sonstigen Einnahmen der Vereinten Nationen (annähernd 170 Mill Dollar pro Jahr) rund 60 Mill Dollar angefordert. Hinzu kommen noch die Leistungen zu den Sonderhaushalten der friedenssichernden Operationen in Libanon (UNIFIL: rund 11,5 Mill) und auf den Golanhöhen (UNDOF: rund 2,4 Mill) sowie zum Deutschen Übersetzungsdienst (rund 0,6 Mill). Der Gesamtbeitrag der Bundesrepublik Deutschland für 1988 wird demnach knapp 75 Mill Dollar ausmachen. *Lothar Koch* □

## Rechtsfragen

**Seerecht: 5. Tagung (zweiter Teil) der Vorbereitungskommission — J. L. Jesus neuer Vorsitzender — Abgrenzung überlappender Tiefseebaugfelder im Pazifik — Registrierung der ersten Pionierinvestoren — UN-Delegation in Bonn und Hamburg (12)**